
FDP Rheingau-Taunus

FDP OESTRICH-WINKEL: WINDKRAFT IST KEIN HAUSHALTSNOTNAGEL – FDP BLEIBT BEI ANLAGEN IM OESTRICH-WINKELER WALD SKEPTISCH

08.10.2026

Ortsverband und Stadtverordnetenfraktion lehnen Windkraftanlagen in Oestrich-Winkel mehrheitlich ab und fordern eine ehrliche Abwägung aller Folgen

Oestrich-Winkel, 8. Oktober 2026. Die FDP Oestrich-Winkel, die FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und der stellvertretende Hallgartener Ortsvorsteher Tobias Fachinger sehen die Pläne des Magistrats zur Verpachtung städtischer Windvorrangflächen weiterhin sehr kritisch. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand überwiegen aus ihrer Sicht die Nachteile deutlich. Innerhalb von Ortsverband und Fraktion besteht daher mehrheitlich eine ablehnende Haltung gegenüber Windkraftanlagen auf Oestrich-Winkeler Gemarkung.

„Die schwierige finanzielle Lage unserer Stadt ist uns sehr bewusst. Natürlich muss eine Kommune in einer solchen Situation prüfen, wie sie ihre Einnahmen verbessern kann. Genauso selbstverständlich müssen aber Kosten und Nutzen ehrlich gegeneinander abgewogen werden“, erklärt der FDP-Ortsverbandsvorsitzende Björn Sommer. „Unsere Kultur- und Naturlandschaft darf nicht allein deshalb zur Disposition gestellt werden, weil hohe Pachteinahmen in Aussicht stehen.“ Der Rheingau und insbesondere Oestrich-Winkel lebten von der einzigartigen Verbindung aus Weinbergen und Wäldern. Diese Landschaft sei nicht nur Heimat und wichtiger Naherholungsraum, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil des Weinbaus, des Tourismus und der internationalen Wahrnehmung der Region. Eingriffe in dieses Landschaftsbild seien auf Jahrzehnte sichtbar und könnten nicht allein mit einer erwarteten Einnahme im hohen sechsstelligen Bereich aufgewogen werden.

Auch die von SPD und Grünen vorgeschlagene Herausnahme der besonders prägenden Bereiche rund um die Kalte Herberge und die Hallgarter Zange greift aus Sicht der FDP zu kurz. „Es ist richtig, diese wichtigen Wahrzeichen und Ausflugsziele schützen zu wollen. Die übrige Oestrich-Winkeler Kultur- und Waldlandschaft ist deshalb aber nicht weniger schützenswert“, betont Sommer. Aus Sicht der FDP darf sich die Diskussion über die Verbesserung der städtischen Finanzen zudem nicht auf Steuererhöhungen, Einsparungen und Einnahmen aus der Windkraft verengen. Eine nachhaltige Stärkung der Einnahmeseite setze vor allem voraus, den Wirtschaftsstandort Oestrich-Winkel weiterzuentwickeln, neue Betriebe anzusiedeln und vorhandenen Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

„Bürgermeister Carsten Sinß hat nach seiner Wahl im Jahr 2023 angekündigt, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt mit großen Schritten voranbringen und sich persönlich dahinterklemmen zu wollen. Seitdem ist aus unserer Sicht jedoch noch nichts wirklich Belastbares entstanden“, erklärt der Vorsitzende der FDP-Stadtverordnetenfraktion, Marius Schäfer. „Hier erwarten wir deutlich mehr Initiative und konkrete Ergebnisse.“

Dazu gehöre insbesondere, geeignete Flächenpotenziale zu identifizieren und aktiv das Gespräch mit den jeweiligen Eigentümern zu suchen. Ebenso müssten mögliche Hindernisse bei Planung, Erschließung und Vermarktung offen benannt und konsequent bearbeitet werden. „Wer die städtischen Finanzen dauerhaft verbessern will, muss den

Wirtschaftsstandort fortentwickeln. Das ist sicherlich mühsamer, als auf Pachteinnahmen aus Windkraftanlagen zu setzen. Es wäre aber der nachhaltigere Weg“, so Schäfer. „Bevor wir unser Tafelsilber, nämlich unsere einzigartige Kulturlandschaft, dauerhaft verändern, müssen die Möglichkeiten einer aktiven Wirtschafts- und Standortpolitik ernsthaft und mit Nachdruck ausgeschöpft werden.“

Neben den Auswirkungen auf das Landschaftsbild müssten die konkreten Eingriffe in den Wald berücksichtigt werden. Für Windenergieanlagen würden nicht nur Fundamente benötigt, sondern auch Zufahrtswege, Kranstellflächen, Leitungen und weitere Infrastruktur. Selbst wenn einzelne Flächen später rekultiviert werden könnten, blieben erhebliche und teilweise dauerhafte Eingriffe sowie eine Verdichtung des Waldbodens.

Tobias Fachinger macht deutlich, dass seine kritische Haltung keine grundsätzliche Ablehnung erneuerbarer Energien bedeutet: „Ich bin grundsätzlich ein Befürworter erneuerbarer Energien, nicht zuletzt auch aus beruflichen Gründen. Das bedeutet aber nicht, dass jeder Standort automatisch geeignet ist. Gerade in einer sensiblen Region wie unserer müssen die Folgen für Natur, Wald und Landschaft besonders sorgfältig betrachtet werden.

„Der Oestrich-Winkeler Wald habe bereits stark unter extremen Wetterereignissen, Trockenheit und Käferbefall gelitten. Weitere großflächige Eingriffe dürften deshalb nicht kleingeredet werden. „Unsere Region lebt von der Verbindung aus Weinbergen und Wäldern. Diese besondere Qualität muss bei jeder Standortentscheidung eine zentrale Rolle spielen“, so Fachinger.

Darüber hinaus sehen die Liberalen zahlreiche technische und energiewirtschaftliche Fragen als nicht ausreichend beantwortet an. Windenergieanlagen könnten bei starkem Wind zeitweise mehr Strom erzeugen, als Netz und Verbraucher aufnehmen könnten. Anlagen müssten deshalb immer wieder abgeregelt werden. Der Ausbau der Windenergie müsse daher zwingend gemeinsam mit dem Ausbau der Stromnetze, ausreichenden Speichermöglichkeiten und flexiblen Verbrauchern gedacht werden.

„Uns reicht es nicht, allein über mögliche Pachteinnahmen und theoretische Strommengen zu sprechen“, ergänzt Schäfer. „Wir brauchen belastbare Aussagen dazu, wie der erzeugte Strom tatsächlich genutzt und abtransportiert werden kann, welche Speicher- und Netzkapazitäten vorhanden sind und welche Kosten und Risiken bei der

Stadt oder der Allgemeinheit verbleiben. Ebenso müssen Rückbau, Haftung, Ausgleichsmaßnahmen und die langfristigen Folgen für den Wald transparent dargestellt werden.“Ein Interessenbekundungsverfahren dürfe zudem nicht schleichend zu einer politischen Vorentscheidung führen. Sollte die Stadtverordnetenversammlung die Einleitung des Verfahrens beschließen, müssten sämtliche Angebote, Bewertungskriterien, Vertragsbedingungen und Auswirkungen offengelegt werden. Bürgerbeteiligung dürfe sich dabei nicht auf eine mögliche finanzielle Beteiligung beschränken, sondern müsse eine echte Mitwirkung an der grundsätzlichen Entscheidung ermöglichen.

„Wir verschließen uns keiner sachlichen Prüfung“, fassen Sommer, Schäfer und Fachinger gemeinsam zusammen. „Nach dem derzeitigen Stand überwiegen für uns jedoch die Nachteile. Die Aussicht auf zusätzliche Einnahmen darf nicht dazu führen, dass wir eine über Generationen gewachsene Kultur- und Naturlandschaft dauerhaft verändern. Deshalb stehen Ortsverband und Fraktion Windkraftanlagen in Oestrich-Winkel weiterhin sehr skeptisch gegenüber und lehnen sie mehrheitlich ab.“